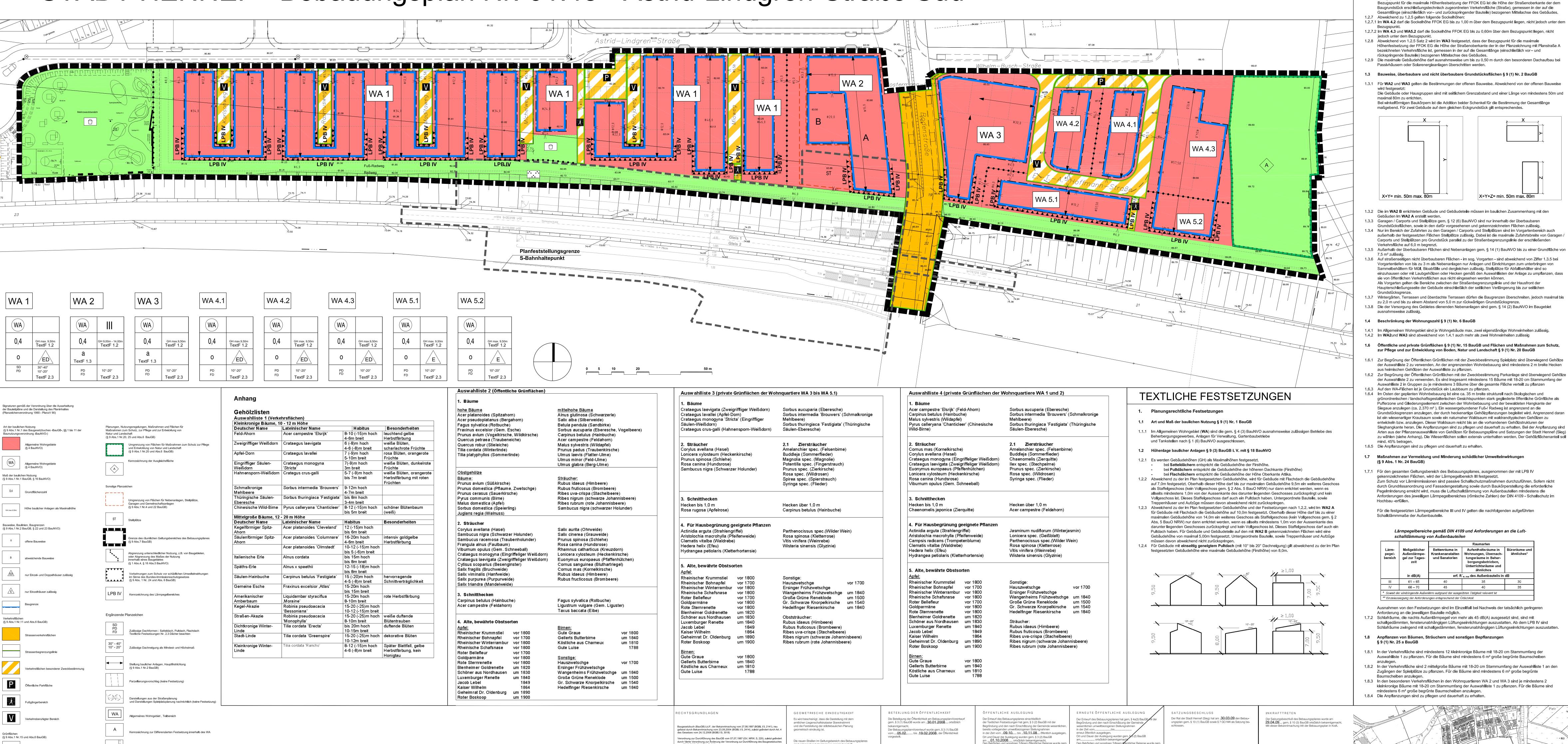
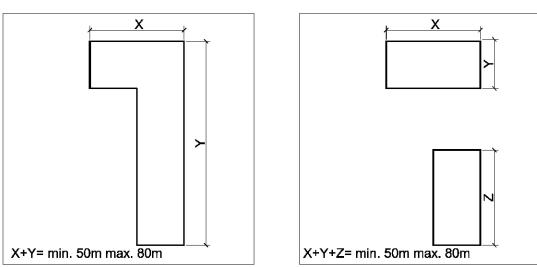
STADT HENNEF - Bebauungsplan Nr. 01.48 - Astrid-Lindgren-Straße Süd -



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 1.2.5 Unterer Bezugspunkt für die Festsetzung der Gebäudehöhen ist die Fertigfußbodenoberkante Erdgeschoss 1,2,6 Die Sockelhöhe FFOK EG darf bis zu 0,30 m über dem Bezugspunkt liegen, nicht iedoch unter dem Bezugspunkt für die maximale Höhenfestsetzung der FFOK EG ist die Höhe der Straßenoberkante der dem
 - Baugrundstück erschließungstechnisch zugeordneten Verkehrsfläche (Straße), gemessen in der auf die Gesamtlänge (einschließlich vor- und zurückspringender Bauteile) bezogenen Mittelachse des Gebäudes. Abweichend zu 1.2.5 gelten folgende Sockelhöhen: .2.7.1 Im WA 4.2 darf die Sockelhöhe FFOK EG bis zu 1,00 m über dem Bezugspunkt liegen, nicht jedoch unter dem
- 1.2.7.2 Im WA 4.3 und WA5.2 darf die Sockelhöhe FFOK EG bis zu 0,60m über dem Bezugspunkt liegen, nicht iedoch unter dem Bezugspunkt
- 1.2.8 Abweichend von 1.2.5 Satz 2 wird im WA3 festgesetzt, dass der Bezugspunkt für die maximale Höhenfestsetzung der FFOK EG die Höhe der Straßenoberkante der in der Planzeichnung mit Planstraße A bezeichneten Verkehrsfläche ist, gemessen in der auf die Gesamtlänge (einschließlich vor- und
- 1.2.9 Die maximale Gebäudehöhe darf ausnahmsweise um bis zu 0,50 m durch den besonderen Dachaufbau bei Passivhäusern oder Solarenergieanlagen überschritten werden.
- 1.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen § 9 (1) Nr. 2 BauGB
- 1.3.1 Für WA2 und WA3 gelten die Bestimmungen der offenen Bauweise. Abweichend von der offenen Bauweise Die Gebäude oder Hausgruppen sind mit seitlichem Grenzabstand und einer Länge von mindestens 50m und Bei winkelförmigen Baukörpern ist die Addition beider Schenkel für die Bestimmung der Gesamtlänge maßgebend. Für zwei Gebäude auf dem gleichen Eckgrundstück gilt entsprechendes.



- 1.3.2 Die im WA2 B errichteten Gebäude und Gebäudeteile müssen im baulichen Zusammenhang mit der Gebäuden im WA2 A erstellt werden
- Grundstücksflächen, sowie in den dafür vorgesehenen und gekennzeichneten Flächen zulässig. 1.3.4 Nur im Bereich der Zufahrten zu den Garagen / Carports und Stellplätzen sind im Vorgartenbereich auch außerhalb der festgesetzten Flächen Stellplätze zulässig. Dabei ist die maximale Zufahrtsbreite von Garagen / Carports und Stellplätzen pro Grundstück parallel zu der Straßenbegrenzungslinie der erschließenden
- 1.3.5 Außerhalb der überbaubaren Flächen sind Nebenanlagen gem. § 14 (1) BauNVO bis zu einer Grundfläche von 1.3.6 Auf straßenseitigen nicht überbaubaren Flächen - im sog. Vorgarten - sind abweichend von Ziffer 1.3.5 bei Vorgartentiefen von bis zu 3 m als Nebenanlagen nur Anlagen und Einrichtungen zum unterbringen von
- Sammelbehältern für Müll, Bioabfälle und dergleichen zulässig. Stellplätze für Abfallbehälter sind so einzuhausen oder mit Laubgehölzen oder Hecken gemäß den Auswahllisten der Anlage zu umpflanzen, dass sie von öffentlichen Verkehrsflächen aus nicht eingesehen werden können. Als Vorgarten gelten die Bereiche zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der Hausfront der Haupterschließungsseite der Gebäude einschließlich der seitlichen Verlängerung bis zur seitlichen
- Wintergärten, Terrassen und überdachte Terrassen dürfen die Baugrenzen überschreiten, jedoch maximal bis zu 2,0 m und bis zu einem Abstand von 5,0 m zur rückwärtigen Grundstücksgrenze. 1.3.8 Die der Versorgung des Gebietes dienenden Nebenanlagen sind gem. § 14 (2) BauNVO im Baugebiet
- Beschränkung der Wohnungszahl § 9 (1) Nr. 6 BauGB
- 1.4.2 Im WA2und WA3 sind abweichend von 1.4.1 auch mehr als zwei Wohneinheiten zulässig
- zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 BauGB
- 1.6.1 Zur Begrünung der Öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung Spielplatz sind überwiegend Gehölze der Auswahlliste 2 zu verwenden. An der angrenzenden Wohnbebauung sind mindestens 2 m breite Hecken aus heimischen Gehölzen der Auswahlliste zu pflanzen.
- 1.6.2 Zur Begrünung der Öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung Parkanlage sind überwiegend Gehölze der Auswahlliste 2 zu verwenden. Es sind insgesamt mindestens 15 Bäume mit 18-20 cm Stammumfang der Auswahlliste 2 in Gruppen zu je mindestens 3 Bäume über die gesamte Fläche verteilt zu pflanzen
- 1.6.3 Auf den WA-Flächen ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen. 1.6.4 Im Osten der geplanten Wohnbebauung ist eine ca. 35 m breite strukturell nach ökologischen und grünordnerischen / landschaftsgestalterischen Gesichtspunkten stark gegliederte öffentliche Grünfläche als Pufferzone und Gliederungselement zwischen der Wohnbebauung und der bewaldeten Hangkante der Siegaue anzulegen (ca. 2.370 m²). Ein wassergebundener Fuß-/ Radweg ist angrenzend an die
- Grundstücksgrenzen anzulegen, der durch heckenartige Gehölzpflanzungen begleitet wird. Angrenzend daran ist ein wiesenartiger Krautsaum sowie ein naturnaher Waldsaum mit waldrandtypischen Gehölzen zu entwickeln bzw. anzulegen. Dieser Waldsaum reicht bis an die vorhandenen Gehölzstrukturen der Sieghangkante heran. Die Anpflanzungen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Bei der Anpflanzung sind Arten aus der Pflanzenauswahlliste von Gehölzen für Bebauungspläne und Satzungen der Stadt Hennef (Sieg)
- mind, 45% betragen. 1.6.5 Die Anpflanzungen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
- Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung schädlicher Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- 1.7.1 Für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes, ausgenommen der mit LPB IV gekennzeichneten Flächen, wird der Lärmpegelbereich III festgesetzt. Zum Schutz vor Lärmimmissionen sind passive Schallschutzmaßnahmen durchzuführen. Sofern nicht durch Grundrissanordnung und Fassadengestaltung sowie durch Baukörperstellung die erforderliche Pegelminderung erreicht wird, muss die Luftschalldämmung von Außenbauteilen mindestens die Anforderungen des jeweiligen Lärmpegelbereiches (römische Zahlen) der DIN 4109 - Schallschutz im

Für die festgesetzten Lärmpegelbereiche III und IV gelten die nachfolgenden aufgeführten Schalldämmmaße der Außenbauteile.

Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 und Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen Bettenräume in Aufenthaltsräume in Büroräume und _ärm- Maßgeblicher pegel- Außenlärmpe- Krankenanstalten Wohnungen, Übernach- ähnliche bereich gel zur Tages- und Sanatorien tungsräume in Beherbergungsbetrieben, ähnliches erf. R'_{w, res} des Außenbauteils in dB Soweit der eindringende Außenlärm aufgrund der ausgeübten Tätigkeit relevant ist * Einzelauslegung der Anforderungen entsprechend der Örtlichkeit

- Ausnahmen von den Festsetzungen sind im Einzellfall bei Nachweis der tatsächlich geringeren Anforderung an die jeweiligen Bauteile möglich. 1.7.2 Schlafräume, die nachts Außenlärmpegel von mehr als 45 dB(A) ausgesetzt sind, sind mit schallgedämmten, fensterunabhängigen Lüftungseinrichtungen auszustatten. Ab dem LPB IV sind
- Schlafräume zwingend mit schallgedämmten, fensterunabhängigen Lüftungseinrichtungen auszustatten.
- Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- 1.8.1 In der Verkehrsfläche sind mindestens 12 kleinkronige Bäume mit 18-20 cm Stammumfang der Auswahlliste 1 zu pflanzen. Für die Bäume sind mindestens 6 m² große begrünte Baumscheiben 1.8.2 In der Verkehrsfläche sind 2 mittelgroße Bäume mit 18-20 cm Stammumfang der Auswahlliste 1 an den Zugängen der Spielplätze zu pflanzen. Für die Bäume sind mindestens 6 m² große begrünte
- Baumscheiben anzulegen. 1.8.3 In den besonderen Verkehrsflächen in den Wohnquartieren WA 2 und WA 3 sind je mindestens 2 kleinkronige Bäume mit 18-20 cm Stammumfang der Auswahlliste 1 zu pflanzen. Für die Bäume sind mindestens 6 m² große begrünte Baumscheiben anzulegen.
- "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen. Ausgabe 1989 zu beachten. Eine Überbauung von Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom AG mit baulichen Anlagen ist auf Grund des hohen Schadensrisikos nicht möglich. Baumaßnahmen im Bereich von Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom AG sind unbedingt mit der T-Com, Technische Infrastruktur Niederlassung West, Produktion

3.9 Überbauung und Bepflanzung von Telekommunikationsanlagen

Technische Infrastruktur 21, Bonner Talweg 100, 53113 Bonn, abzustimmen.

Kampfmittelbeseitigungsdienst zu verständigen.

1.9 Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen (Straßenböschungen) § 9 (1) Nr. 26 BauGB

(Aufschüttungen, Abgrabungen) auf den privaten Grundstücken zulässig.

gemäß den Auswahllisten im Anhang auch mit innenliegenden Zäunen zulässig. 2.1.2 Als Vorgarten gelten die Bereiche zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der Hausfront der

den Auswahllisten im Anhang auch mit innenliegenden Zäunen zulässig.

ungebundener Bauweise, als Gabionenwand oder Trockenmauer zulässig.

2.3.1 In den mit WA1 gekennzeichneten Gebieten sind nur Satteldächer und Pultdächer zulässig.

Brauntone (dunkelbraun und braunrot): 8028 (terrabraun), 8012 (rotbraun).

Bauordnungsrechtliche Vorschriften §9 (4) BauGB

2.1.4 Die Anpflanzungen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten

der von der Verkehrsfläche abgewandten Seite festgesetzt.

Flachdächer sind extensiv zu begrünen oder zu bekiesen

von 30 % des Gehölzbestandes nicht übersteigen.

Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten. (§§ 15 und 16 DSchG

3.3 Energieversorgung

elektrischer Energie versorgt.

DIN 18.915 zu beachten.

3.6 Vegetationsschutz

3.8 Kampfmittel

Schwarztone: 9004, 9005, 9011, 9017 Grautone: 7043, 7026, 7016, 7021, 7024

i. V. mit § 86 BauO NRW

1.9.1 Gemäß § 9 (1) Nr. 26 BauGB sind die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Böschungen

2.1.1 Zur öffentlichen Verkehrsfläche hin, sind als Einfriedung von Vorgärten nur max. 1,00 m hohe Laubholzhecken

Haupterschließungsseite der Gebäude einschließlich der seitlichen Verlängerung bis zur seitlichen

2.2.1 Stützwände oder -mauern von Böschungen sind zum öffentlichen Raum hin nur als Natursteinmauer in

2.3.2 In den mit WA1 gekennzeichneten Gebieten ist bei einseitig geneigten Pultdächern die Lage der Traufe auf

2.3.4 In den mit WA2 A gekennzeichneten Gebieten ist bei einseitig geneigten Pultdächern die Lage der Traufe an

2.3.5 In den mit WA2 und WA3 gekennzeichneten Gebieten muss jedes Haus einer Hausgruppe die gleiche Dachform und Neigung besitzen. Für Dächer von Hausgruppen, darf je Hausgruppe nur ein Material

2.3.6 Die beiden Hälften eines Doppelhauses müssen sofern sie in dem jeweiligen Baugebiet zu lässig sind, di

Wenn die Dachflächen nicht extensiv begrünt werden, sind nur dunkle Dacheindeckungen in Form von Dachsteinen, Naturschiefer, Kunstschiefer und Dachpfannen, wie sie den nachstehend aufgeführten Farben

Sollten farbige Dacheindeckungen nicht der RAL-Farbtonkarte zugeordnete werden können, sind

Ausgenommen sind die Materialien von Einrichtungen, die der solaren Energiegewinnung dienen. Bei Dachneigungen bis 20° sind Dacheindeckungen als nicht reflektierende Metallein-deckungen zulässig

Solarkollektoren und sonstige Anlage zur Gewinnung regenerativer Energie sind flächenbündig in da

Farbnuancierungen in Anlehnung an die angegebenen Farbtöne möglich. Nicht zulässig ist die Verwendung

Dachniveau zu integrieren oder in gleicher Neigung wie das Dach aufzusetzen. Bei Flachdächern dürfen die

Solarkollektoren die OK Dach in der Höhe um bis zu 1.50 m überschreiten, wenn diese um mindestens 1.50r

Gauben oder ähnliche Dachaufbauten dürfen eine Breite von max. 4.00 m aufweisen und in der Summe max

die Hälfte der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen. Der Abstand von Gauben oder ähnlichen

Dachaufbauten untereinander muss mindestens 1,00m, zu Firsten und Ortgängen mindestens 1,30 m betragen. Bei Ortgängen zählt als Messpunkt der Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachhaut.

2.4.1 Die nicht überbauten Grundstücksteile sind – abgesehen von den notwendigen Flächen für Nebenanlagen

Zufahrt- oder Stellplatzfläche - gärtnerisch anzulegen, zu erhalten und mit lebenden Hecken der

2.4.3 Zur Gestaltung von Stellplätzen, Wegen, Zufahrten, Hofflächen etc. sind mit Ausnahme des

Anpflanzungen oder Einfriedungen gem. 2.1 einzufrieden. Nadelgehölzhecken zur Grundstückseinfriedung sind nicht zulässig. Die Anpflanzung von Nadelgehölzen innerhalb des Grundstückes darf einen Anteil

zur verwenden, soweit nicht nutzungsbedingt oder durch rechtliche Vorgaben andere Belange verwendet

Hauseingangsbereiches nur wasserdurchlässige Materialien, wie z. B. breitfugiges Pflaster, Schotterrasen etc.

Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde oder Befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, An der B484, 51491

sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den

Es ist mit felsigem Untergrund zu rechen. Dieses kann zu Problemen bei Gründungen und der Anlage von

Das ausgewiesene Baugebiet wird mit Gas sowie hoch- und niederspannungsseitig mittels Erdkabel mit

Der bei den Bauarbeiten anfallende Oberboden und der kulturfähige Unterboden sollen gem. § 202 BauGB auf

dem jeweiligen Grundstück zur Herstellung von Vegetationsflächen wieder aufgetragen werden, hierbei ist die

Sachgebiet "Gewerbliche Abfallwirtschaft" anzuzeigen. Dazu ist die Entsorgungsanlage anzugeben oder die

Der Einbau von Recyclingbaustoffen ist nur nach vorhergehender wasserrechtlicher Erlaubnis zulässig.

Im Rahmen der Baureifmachung des Grundstücks anfallendes bauschutthaltiges oder organoleptisch

Die Entsorgungswege des abzufahrenden Bodenaushubs sind vor der Abfuhr dem Rhein-Sieg-Kreis,

Werden bei den Baumaßnahmen verunreinigte Bodenhorizonte angetroffen, so ist unverzüglich der

Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Technischen Umweltschutz zu informieren und die weitere Vorgehensweise

Gegebenenfalls sind weitergehende Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung (Entnahme von

Bodenproben, Durchführung von chemischen Analysen etc.) zu veranlassen. Alle Maßnahmen im

Bei der Entsorgung von Aushubmaterialien mit schädlichen Verunreinigungen sind insbesondere die

Zusammenhang mit schädlichen Bodenverunreinigungen sind mit dem Amt für Technischen Umweltschutz

Bei der Abwicklung der Bauarbeiten sind bestehende und zu erhaltende Gehölzbestände gem. DIN 18920

"Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" zu schützen.

Bedingt durch die Nähe zum Flughafen Köln / Bonn sind Belästigungen durch Fluglärm möglich, deren

negative Auswirkungen für die Bewohner mittels baulicher Maßnahmen begrenzt werden können (hier:

Es existieren keine Aussagen zu Kampfmittelvorkommnissen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Im

Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann nicht gewährt werden. Bei Kampfmittelfunden während der Erd-/

Bauarbeiten sind die Arbeiten sofort einzustellen und die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der

Sollten Erdarbeiten mit erheblicher mechanischer Belastung (z. B. Rammarbeiten, Pfahlgründungen,

Bei Pflanzmaßnahmen im Bereich von Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom AG ist das

Umfeld sind jedoch Hinweise auf das Vorhandensein von Bombenblindgängern / Kampfmittel vorhanden. Eine

Verbauarbeiten oder vergleichbare Arbeiten) durchgeführt werden, wird eine Tiefensondierung empfohlen. Die

Vorgehensweise ist mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst NRW - Rheinland, Außenstelle Köln abzustimmen.

auffälliges Bodenmaterial (z.B. aus Bodenauffüllungen) ist ordnungsgemäß zu entsorgen.

wasserrechtliche Erlaubnis (Anzeige) der Einbaustelle vorzulegen.

abzustimmen. (siehe § 2 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz NRW).

Schallschutzfenster und / oder passive Schallschutzmaßnahmen).

abfallrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

Bei der Pflege der Grünflächen ist möglichst auf die Verwendung von Pestiziden zu verzichten.

der Seite der dem Grundstück erschließungstechnisch zugeordneten Verkehrsfläche festgesetzt.

2.3.3 In den mit WA2 A, WA3, WA 4.1, WA 4.2, WA 4.3, WA 5.1 und WA 5.2 gekennzeichneten Gebieten sind Flachdächer und Pultdächer zulässig. Auf den mit WA2 B gekennzeichneten Flächen sind nur Flachdächer

2.1.3 Als Einfriedungen von Hausgärten sind zu öffentlichen Flächen bis 1,80 m hoch als Laubholzhecken gemäß

Bebauungsplan 01.48 - Astrid-Lindgren-Straße Süd -Rechtsplan

PLANZEICHNUNG MIT TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN ANLAGE 1: Begründung ANLAGE 2: Umweltbericht

29.01.2009 Maßstab

Entwurfsbearbeitung:

ARCHITEKTEN + STADTPLANER Dipl.-Ing. Friedrich Hachtel, Dr. Detlef Naumann BDA, Prof. Dipl.-Ing. Friedrich Spengelin BDA MECKENHEIM / BONN / HANNOVER info@sgp-architekten.de Tel. 02225 - 2077 Fax. 02225 - 17361 53340 Meckenheim

Übersichtsplan zum räumlichen Geltungsbereich

| WA 5.2 Zuordnung des Teilbereichs Art der baulichen Nutzung Bezug zu textl. Festsetzungen Dachneigung mit Bezug zu textl. Festsetzungen

Nutzungsschablone (Eintragungen beispielhaft)

Darstellungen aus der Kanalisationsplanung (keine Festsetzungen)

Parkanlage

öffentliche Grünflächen

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNV i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 3 d Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.04.1993 (BGBI. I S. 466) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 25.03,2002 (BGBI, I S. 1193), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.12.2008 (BGBI, I S. 2986) Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen (LG NW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW. S. 568 / SGV NRW 791), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 19.06.2007 (GV.NRW. S. 226) Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.06.199: (CV.NRW. S. 926), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.12.2007 (GV.NRW. S.

Diese Vorschriften sind bei der Nutzung des Baulandes anzuwende soweit im Bebauungsplan keine Abweichungen vorgesehen sind.

Sind zwei oder mehrere unterschiedliche lineare Signaturen Abstandsmaßes untereinander gezeichnet, so fallen sie als estsetzung/nachrichtliche Übernahme in einer Linie Dieser Beschluß wurde am ...30.01.2008......

Hennef, den 01.04.2009

Der Bürgermeister

Hennef, den 01.04.2009 Der Bürgermeister BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurd gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom..12.02.2008 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bebauungsplan-Vorentwurf

Hennef, den 01.04.2009

Der Bürgermeister

Hennef, den .01.04.2009 Der Bürgermeister ANDERUNGEN GEM. STELLUNGNAHME Änderungen aufgrund von Stellungnahmen gemäß E fassung des zuständigen Fachausschusses vom(§ 3 (2) BauGB).

Hennef, den

Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Hennef, den ...

erneut Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der Bürgermeister AUSFERTIGUNG

/erfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden Hennef, den 08.04.2009

Hennef, den 01.04.2009

Der Bürgermeister

Dieser Plan stimmt mit dem Urkundsplan und den darauf verzeichneten Vermerken überein. Hennef, den 07.05.2009

Hennef, den 05.05.2009

- Dieser Plan ist der Urkundsplan. -

.....

Der Bürgermeister

Maßstab 1:5000